

SPIEGEL Titel

Von der Rentenkrise in die Staatskrise?

Alles abwiegelnde Gerede von den sicheren Renten kann nicht vernebeln, daß die Alterssicherung in den Bankrott steuert. Mit Reparaturen wie bisher las-

sen sich die Renten nicht sanieren. Die meisten Beitragszahler bezweifeln inzwischen auch, daß sie es im Alter so gut haben werden wie die jetzigen Rentner.

Zwei Jahre sind es noch hin, bis zum nächsten Bundestagswahlkampf. Doch für Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär, ist es schon hohe Zeit, sich über die Bewahrung der Macht Gedanken zu machen. „Die CDU“, hat er dabei erkannt, „darf keinen Wolkenschieber-Wahlkampf führen, sie muß Kompetenz beweisen.“

Diesen Beweis will der Oberwahlkämpfer der Christdemokraten durch Leistung erbringen. Im nächsten Jahr schon würden die Früchte der Steuer-, Familien-, Frauen- und Umweltpolitik reifen, glaubt Geißler.

Und dann stehe auf seiner Liste noch ein Thema obenan, das seit mehr als einem Jahrzehnt in jeder Wahlschlacht einen hohen Stellenwert hat – die Alterssicherung. Das Motto heißt wieder einmal: „Die Renten sind sicher.“

Zehn Millionen Ruheständlern und 23 Millionen Beitragszahlern will Geißler bis zur Bundestagswahl die Botschaft einhämmern, sie brauchten sich um ihren wohlverdienten Lebensabend nicht zu sorgen.

Der zuständige Arbeitsminister Norbert Blüm verspricht schon jetzt jede

Woche mindestens einmal, die Renten würden auch in zehn, 20 oder 30 Jahren so pünktlich wie heute überwiesen. Der Minister markig: „Keine Rente wird gekürzt!“

Geißler und Blüm blasen blauen Dunst. Denn nichts ist so unsicher wie die Rente der Zukunft.

Zwar räumen Kanzler, Minister und Generalsekretär ein, das bundesdeutsche System der Alterssicherung stehe vor einer großen Belastungsprobe. Doch Heiner Geißler ist voller Zuversicht, Arbeitnehmern und Altenteilern klar-machen zu können, sie seien mit ihren



Sorgen bei der Union am besten aufgehoben. Er will dem Wahlvolk den Kollegen Blüm als den Mann verkaufen, der auch mit den schwierigsten Aufgaben fertig werde: Blüm, der Problemlöser, der Rentenretter.

Damit weckt Geißler Erwartungen, die Blüm kaum erfüllen kann. Das gesamte System der staatlichen Alterssicherung, seit Jahren am Rande der Pleite, droht aus den Fugen zu gehen.

Arbeitnehmer wie Rentner beobachten die regelmäßigen Reparaturarbeiten der Politiker mit Mißtrauen. Eine Mehrheit glaubt jetzt schon nicht mehr, im Alter so gut leben zu können wie die Vätergeneration heute (siehe Graphik).

Muß ein Volk mit weiter sinkenden Geburtenraten seine Alten nicht schon bald darben lassen? Wer trägt die Last

Die Verunsicherung und ihre Folgen

im Jahr 2000, wenn immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Ruheständler ernähren müssen? Solche Fragen bewegen vor allem jene, die in zehn, zwanzig Jahren in Rente gehen.

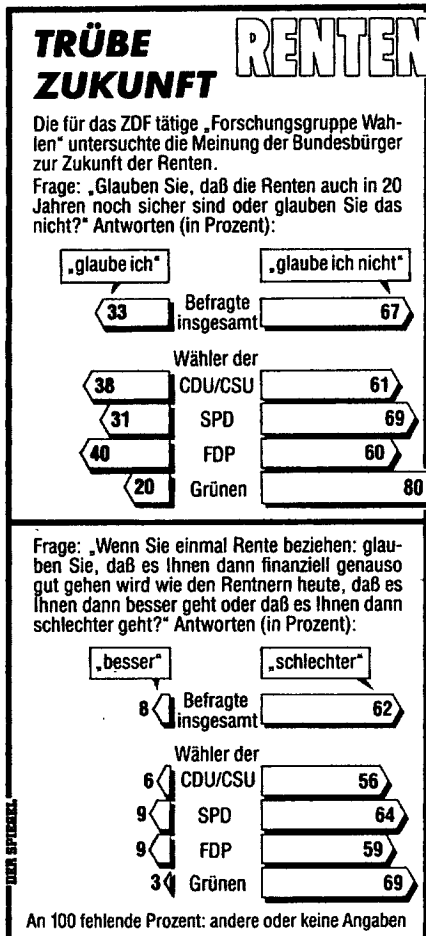
Am sicheren Ruhegeld, viele Nachkriegsjahrzehnte lang eine Selbstverständlichkeit, wird zusehends gezweifelt. Der Staat, so erscheint es vielen, ist längst kein Garant mehr für ein auskömmliches Alterseinkommen.

Die Verunsicherung kann Folgen haben. Der Verlust des Vertrauens in die staatliche Alterssicherung könnte, wenn die Zeiten schlechter werden, rasch auch zu Vertrauenseinbußen in anderen Bereichen des Gemeinwesens führen. Der Weg von der Rentenkrise zur Staatskrise ist dann nicht weit.

Die Zuversicht Geißlers und Blüms, dieser Herausforderung Herr zu werden, kann sich unmöglich auf die Rentenkunststücke gründen, die Christdemokraten und Liberale seit ihrem Amtsantritt im Oktober 1982 geboten haben. Die Altenpolitik der letzten zwei Jahre scheint geradezu ersonnen zu sein, die Renten im Gerede zu halten und die Rentner zu verwirren.

Seinen größten Fehler beging Blüm gleich zu Beginn; die ständigen Reparaturarbeiten in den zwei Jahren nach dem Regierungswechsel sind eine Folge dieser ersten Fehlentscheidung. Es fing damit an, daß Finanzminister Gerhard Stoltenberg Milliardenzuschüsse an die Arbeitslosenversicherung einsparen wollte. Norbert Blüm kam dem Kollegen entgegen und ließ zu, daß die Beiträge der Arbeitslosen zur Rentenversicherung drastisch abgesenkt wurden.

Die Nürnberger Bundesanstalt zahlt seither nicht mehr entsprechend dem Einkommen, das ein Arbeitsloser zuvor erwirtschaftete. Bemessungsgrundlage



ist vielmehr das viel niedrigere Arbeitslosengeld oder gar die noch geringere Arbeitslosenhilfe.

Die Folge: Die Rentenversicherung wurde von der Konjunktur abhängig. Steigt die Zahl der Arbeitslosen, sinken die Einnahmen aus den Beiträgen. Allein die Veränderung der Beitragszahlung für die Arbeitslosen kostete die staatlichen Rentenversicherer jedes Jahr mehr als fünf Milliarden Mark.

Dieser Aderlaß trieb die Alterskassen in die Nähe des Bankrotts. Blüm hatte nicht bedacht, daß die Sozialliberalen das gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitspolster, die sogenannte Schwankungsreserve, bereits auf eine einzige Monatsausgabe abgesenkt hatten.

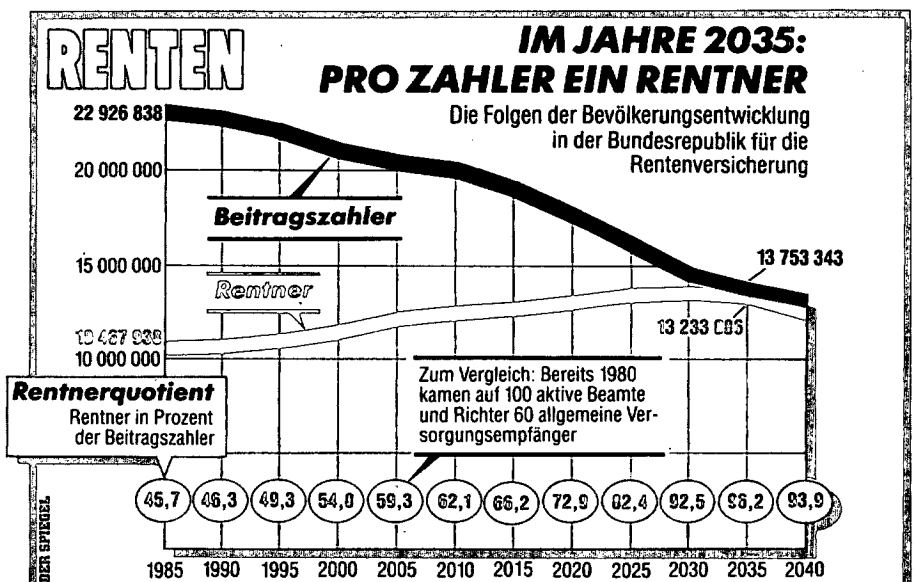
Um der Pleite zu entgehen, vertagte der Arbeitsminister in den vergangenen zwei Jahren die fällige Rentenanhebung um ein halbes Jahr. Er verschob zweimal Beiträge von der liquiden Arbeitslosenkasse auf die Konten der Rentenversicherung und hob den Beitrag der Aktiven schließlich auf insgesamt 19,2 Prozent an. Überdies zapfte Blüm den Rentnern einen Krankenkassenbeitrag ab, ließ sich vom Finanzminister einen Überziehungskredit von fünf Milliarden einräumen und preßte Stoltenberg schließlich sogar einen verlorenen Zuschuß aus der Bundeskasse in Höhe von 1,5 Milliarden Mark ab.

Das alles reichte nur geradeso aus, um ein völliges Leerlaufen der Altkassen zu vermeiden. Trotz all der Notoperationen und Flickschustereien sanken die Reserven ständig weiter. Zeitweise wurden die Renten – eine neue Form der Finanzierung – auf Pump gezahlt.

Das ständige Rentengerede wirkte, die Bürger glauben nicht mehr an eine goldige Rentenzukunft. Einziger Trost für die Christdemokraten: Der Prozentsatz der Verdrossenen liegt bei den Anhängern von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen fast gleichermaßen hoch.

Die Quote dürfte in den nächsten Monaten eher noch steigen. Denn auch 1985 schrammt die Rentenversicherung weiter über Grund. Ende Januar und Ende Februar mußte der Finanzminister die Rentenzahlung dadurch absichern, daß er 1,2 und 2,8 Milliarden Mark vom Bundeszuschuß vorzeitig überwies.

„Unzweifelhaft“, tönt Geißler, werde der letzte „Rentensicherungskompro-



miß“ der Koalition für die nächsten Jahre „halten“. Doch so unzweifelhaft ist das nicht. Denkbar ist ja, daß die Einkommen der Arbeitnehmer 1985 nicht, wie in Blüms Kalkulation vorgesehen, um drei Prozent, sondern beispielsweise nur um 2,6 Prozent steigen. Dann wären die Rentenversicherer schon in diesem Jahr wieder am Ende: Der Rentendoktor Blüm müßte neue Noteinsätze fahren. Seine ständigen Reparaturen verkauft Blüm als Bausteine einer großen Rentenreform, deren Grundzüge die CDU in diesem Herbst beschließen will. In der nächsten Legislaturperiode würde das alles Gesetz. Diese Reform will Geißler den Wählern als ein Werk anpreisen, das die Rentenversicherung bis weit nach der Jahrtausendwende aus dem Gerede bringt.

Der CDU-Generalsekretär drückt aufs Tempo, weil er Angst hat, es könne seinem Kanzler Kohl ergehen wie einst

fern wird, schlägt die Stunde der Verschleierungskünstler. Entgegen aller Gesundheitsbetriebe reichen die Pläne, die sowohl Union wie Sozialdemokraten zur Jahrhundertsanierung anbieten, nicht aus, die tiefe Krise der Rentenversicherung zu bewältigen.

Die Hauptursache des Rentendilemmas ist seit langem bekannt: Die Deutschen ziehen seit 20 Jahren immer weniger Kinder groß; in den nächsten Jahrzehnten wird die Bevölkerungszahl deshalb erheblich sinken.

Für die Rentenversicherung hat dieser Trend eine fatale Konsequenz. Zwangsläufig wird die Zahl der Berufstätigen, die das Sozialprodukt erwirtschaften, drastisch abnehmen. Die Zahl der Ruheständler aber, die von diesem Kuchen ihren Teil abhaben wollen, bleibt etwa gleich.

Heute kommen auf 100 Bürger zwischen 20 und 59 Jahren 36 Menschen, die



Arbeitsminister Blüm: Die Rentenpläne reichen nicht

Helmut Schmidt. Der hatte 1976, vor der Wahl, die Finanznöte der Rentenversicherung als „Problemen“ verharmlost. Nach der Wahl versuchte er, dem Problem entgegen seinen Versprechungen mit einer Verschiebung der versprochenen Rentenerhöhung beizukommen. Zwar scheiterte der Kanzler damit, doch der Vorwurf des Rentenbetrugs haftet Schmidt seither an.

Daraus haben die Christdemokraten gelernt. Vor der Wahl werden Blüm und Geißler verkünden, was in den nächsten Jahren auf Arbeitnehmer, auf jetzige und künftige Rentner zukomme: Die große Rentenstrukturreform, das wollen sie offen sagen, werde Rentnern, Beschäftigten und Steuerzahlern Einkommensverluste abverlangen.

Doch die neue Ehrlichkeit ist nur halbherzig. Wie stets, wenn die Altersversorgung zum Thema von Wahlkämp-

fen wird, schlägt die Stunde der Verschleierungskünstler. Entgegen aller Gesundheitsbetriebe reichen die Pläne, die sowohl Union wie Sozialdemokraten zur Jahrhundertsanierung anbieten, nicht aus, die tiefe Krise der Rentenversicherung zu bewältigen.

Noch ungünstiger entwickelt sich das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern. Heute versorgen 100 Beitragszahler etwa 46 Rentner. Im Jahre 2030 wird jeder Arbeitnehmer etwa einen Rentner unterhalten müssen.

Wollte man diese Last einseitig den Aktiven aufschultern, wären Beitragssätze von über 35 Prozent die Folge. Das ist genauso undenkbar wie die Alternative, die Renten auf unter 25 Prozent des früheren Nettoeinkommens absinken zu lassen.

Verschärft wird die Rentenkrise durch ein geringes Wirtschaftswachstum, durch niedrigere Lohnzuwächse und durch mehr Freizeit.

Schließlich auch kommen alte Menschen heute viel länger in den Genuß

TOUROPA KREUZFAHRTEN

DER AKTUELLE REISE-TIP

Kreuzfahrten mit Touropa: Das sind Tage voller Erholung – und unvergessene Erlebnisse. Denn wir von Touropa möchten, daß Sie in Ihrem Urlaub rundum zufrieden sind.



MTS »DANAE«

Kreuzfahrten mit diesem Schiff der Komfort-Klasse haben ihren besonderen Reiz. Jetzt geht das elegante 16000 BRT große Schiff erstmals auf nördliche Routen. Kommen Sie an Bord.

DIE REISEN

In das Land der Mitternachtssonne
Ab Cuxhaven in die Welt der Fjorde.
14 Tage vom 22.6.–6.7.'85
pro Person ab DM **3760,-**

Island-Spitzbergen-Kreuzfahrt
Ab Cuxhaven über Schottland und Island in die norwegischen Fjorde.
18 Tage vom 6.–24.7.'85
pro Person ab DM **4840,-**

Ab Cuxhaven über Island in die norwegischen Fjorde und über Oslo nach Kiel.
17 Tage vom 24.7.–10.8.'85
pro Person ab DM **4570,-**

Beratung und Buchung in Ihrem TUI-Reisebüro.



TOUROPA
Die Urlaubsexperten

Die dritte Säule der Alterssicherung bröckelt

Vielen Firmen werden die Betriebspensionen zu hoch, die Unternehmen schränken ihre Rentenzusagen ein

Als Arthur Kosche 1975 in Pension ging, war er noch zufrieden. Die 150 Mark Betriebsrente, die sein bisheriger Arbeitgeber, die Dortmunder Kronenbrauerei, für 37-jährige treue Dienste monatlich zahlte, erschienen ihm zwar nicht gerade üppig. Aber ein angenehmes Zusatzeinkommen zur Sozialrente war das schon.

Damals glaubte der pensionierte kaufmännische Angestellte noch fest, die Kronenbrauerei werde die Betriebsrente regelmäßig an die steigenden Lebenshaltungskosten anpassen. Doch das hatte die Firma keineswegs vor.

Über die Jahre hinweg zahlte die Kronenbrauerei stets 150 Mark. Weil die Preise in der zweiten Hälfte der Siebziger insgesamt um 16 Prozent gestiegen waren, hatte Arthur Kosches Betriebsrente fünf Jahre nach dem Pensionierungsdatum rund ein Sechstel ihres Werts verloren.

1980 zog Kosche vor Gericht. Er wollte seine Betriebsrente um monatlich 24 Mark aufgestockt haben.

Das Arbeitsgericht wies die Klage ab, das Landesarbeitsgericht gab Kosche in der Berufung recht. Nun, 1985, brütet der Dritte Senat des Bundesarbeitsgerichts noch immer über der Sache. Kosche kann inzwischen für seine 150 Mark nochmals ein Fünftel weniger kaufen als vor fünf Jahren.

Wie Kosche geht es vielen Pensionären. Die betriebliche Altersversorgung, neben der Sozialversicherung und den privaten Lebensversicherungen als dritte Säule der Alterssicherung im Sozialstaat Bundesrepublik gefeiert, wird, seit es wirtschaftlich nicht mehr nur bergauf geht, zusehends demontiert.

Betroffen sind nicht nur, wie im Fall Kosche, bereits im Ruhestand Lebende, betroffen sind vor allem auch jene, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Rentner werden.

Eine wachsende Zahl von Unternehmen schränkt die Ansprüche ihrer Arbeiter und Angestellten auf Betriebsrenten ein. Viele nehmen erst gar keine neuen Mitarbeiter mehr in ihre betrieblichen Rentenkassen auf. Nach einer Ifo-Umfrage im letzten Jahr erhielten etwa 200 000 neu eingestellte Arbeitnehmer seit 1978 keine betriebliche Versorgungszusage mehr. Das sind erst zwei Prozent der rund zehn Millionen Beschäftigten in Industrie und Handel. Doch die Tendenz ist steigend.

Gedacht hatten sich die Politiker das genau umgekehrt. Eine stetig wachsende Zahl von Firmen sollte den Bundesbürgern im Alter eine zusätzliche Rente

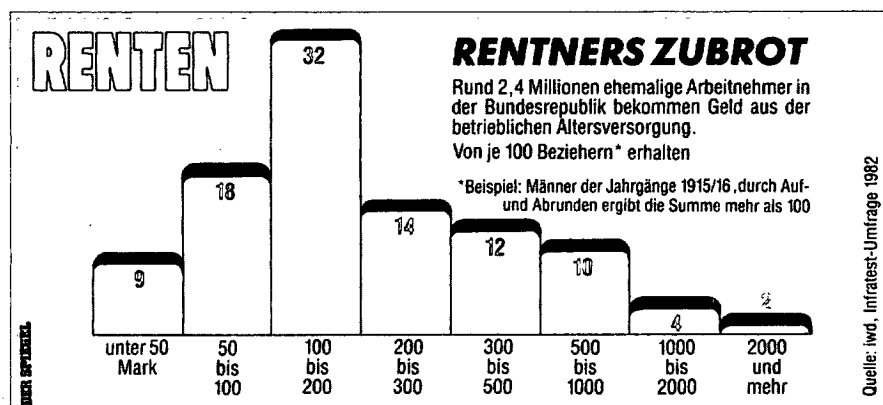
zahlen, um so die staatlichen Alterskassen zu entlasten. Nun aber wackelt nicht nur die staatliche Rentenversicherung. Jetzt bröckelt auch die dritte Säule der Altersversorgung.

Rund 2,4 Millionen Sozialrentner bekommen gegenwärtig von ihren ehemaligen Arbeitgebern Altersgeld aufs Konto überwiesen. Im Schnitt erhalten sie pro Kopf 330 Mark monatlich.

Rund 200 Milliarden Mark haben die bundesdeutschen Unternehmen insgesamt in ihren Bilanzen an Rückstellungen für diese Versorgungszusagen verbucht. Sie taten dies auch zum eigenen Nutzen. Denn in den Jahren des Wieder-

Als besonders unangenehm erweisen sich die Betriebsrenten für solche Firmen, die ihren Mitarbeitern zugesichert haben, die Sozialrente auf einen bestimmten Prozentsatz des letzten Gehalts aufzustocken. Bei diesen Modellen zahlt das Unternehmen die Differenz zwischen der zugesagten Rente und der Sozialrente des Betriebspensionärs.

Je öfter der Gesetzgeber in das Rentenrecht eingriff und die Sozialrenten minderte – etwa die Anrechnung von Schul- und Studienzeiten einschränkte oder die Anpassung verschob –, desto teurer wurden für die Firmen diese Varianten der Betriebsrente. Wieviel



aufbaus und üppiger Gewinne boten Pensionsrückstellungen eine ideale Möglichkeit, Steuern zu sparen.

Die Finanzbehörden behandeln entsprechende Rückstellungen wie Betriebsausgaben. Das drückt den Gewinn und vermindert so die Steuerschuld. Das Geld bleibt, gleichsam als zinsloser Kredit, im Unternehmen.

Die Betriebsrenten boten in den goldenen Wachstumsjahren einen weiteren Vorteil. Sie ließen sich in einer Zeit, als es noch mehr Arbeit als Arbeitskräfte gab, gut als Werbemittel bei der Personalsuche einsetzen. Bei 2,6 Millionen Arbeitslosen haben die Firmen inzwischen die freie Auswahl. Das Lockmittel Betriebsrente wird nicht mehr benötigt.

Auch die steuerlichen Vorteile, die nach wie vor einen hohen Anreiz bieten, wiegen für viele Manager nicht mehr die Risiken der betrieblichen Altersversorgung auf. Gefährlich scheinen die Rentenzusagen vor allem in notleidenden Branchen, wo die Zahl der Aktiven schrumpft, die Zahl der Betriebsrentner aber stetig größer wird. In der Stahlindustrie gibt es bei einigen Unternehmen schon doppelt soviel Betriebsrentner wie Arbeiter und Angestellte.

dies bei einem Durchschnittsverdiener mit 40 Versicherungsjahren ausmacht, errechnete der Leiter der Abteilung Sozialpolitik des DGB, Alfred Schmidt: Durch die Spargesetze der letzten fünf Jahre wird eine Sozialrente, die ohne Änderungen im nächsten Jahr 1650 Mark betragen hätte, dann nur noch 1300 Mark hoch sein. Die Differenz von 350 Mark müssen, bei entsprechenden Zusagen, die Firmen tragen.

Einige Gesetzesänderungen haben so wieso schon dafür gesorgt, daß die steuerfreien Pensionsrückstellungen etwas von ihrer Attraktivität verloren.

Bis 1974 profitierten die Unternehmen von jenen langjährigen Mitarbeitern, die vor Erreichen der Altersgrenze kündigten: Deren Ansprüche auf eine Betriebsrente waren meist verloren, die Rückstellung wandelte sich in einen außerordentlichen Ertrag für die Firma um.

Seit 1974 gibt es das nicht mehr. Seither müssen die Unternehmen auch jenen Mitarbeitern Altersgeld zahlen, die nach zehn Jahren Betriebszugehörigkeit zu einer anderen Firma wechseln.

Früher auch gingen jene Werk tätigen leer aus, deren Firma zahlungsunfähig

wurde. Ebenfalls seit 1974 jedoch müssen Unternehmen Betriebsrenten auch für den Fall einer Pleite oder „einer wirtschaftlichen Notlage mit Aussicht auf Sanierung“ sichern.

Alle Firmen, die steuermindernd Geld für die betriebliche Altersversorgung zurücklegten, wurden Zwangsglieder eines Pensions-Sicherungs-Vereins (PSV), den die Unternehmen gründeten. Sie zahlten anfangs 1,5 Promille ihrer Pensionszusagen jährlich an den PSV.

Weil die AEG vor zweieinhalb Jahren ihren spektakulären Vergleich schloß, müssen die PSV-Mitglieder fast eine Milliarde Mark für die Betriebsrentenempfänger des Elektrokonzerns berappen. Der PSV-Beitrag schnellte auf 6,9 Prozent hoch. Bis heute ist er nicht auf die alte Höhe zurückgefallen.

Am meisten schmerzt die Unternehmen jedoch eine kostentreibende Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts. Danach müssen die Betriebsrenten alle drei Jahre an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Das Gericht ließ zwei Ausnahmen zu. Wenn die Aktiven in den Lohnrunden keinen vollen Teuerungsausgleich erhalten, müssen sich auch die Pensionäre mit einer geringeren Anpassungsrate begnügen. Das war in den letzten drei Jahren so. Die Bayer AG zum Beispiel stockte deshalb ihre Renten in geringerem Maße auf, als die Preise gestiegen waren.

Die Anpassung der Betriebsrenten an die Inflationsrate kann außerdem begrenzt werden oder gar ganz entfallen, wenn die wirtschaftliche Lage des Unternehmens es erfordert und Arbeitsplätze von Aktiven gefährdet sind. Das Bundesgericht versäumte jedoch, den Begriff der schwierigen wirtschaftlichen Lage

genau zu definieren. Immer mehr Unternehmen verweisen daher, wie die Dortmunder Kronenbrauerei im Fall Arthur Kosche, auf ihre angeblich miese wirtschaftliche Lage und unterlassen die Anpassung der Betriebsrenten.

Dabei legte das Bundesarbeitsgericht fest, daß eine allgemein schlechtere wirtschaftliche Lage keineswegs als Begründung ausreicht, eine Betriebsrentenzusage zu schmälern. Der Betrieb selbst müsse wirtschaftlich getroffen sein.

Die Weltfirma Bayer scherte sich nicht um diesen Spruch. Sie änderte ihr Betriebsrentensystem im vorigen Jahr – weil, wie die Begründung hieß, die Bundesrepublik „in einer Wachstums- und Beschäftigungskrise steckt“.

Hatte der Leverkusener Chemiekonzern seinen Rentenempfängern früher einen bestimmten Prozentsatz des letzten Gehalts als Ruhegeld garantiert, so spielt nun das Einkommen vor der Pensionierung bei der Bemessung der Betriebsrente keine Rolle mehr.

Der Betriebsrat stimmte der neuen Bayer-Regelung zu, obwohl der Chemiekonzern nie unter einer dauerhaften Beschäftigungskrise litt.

Den Bayer-Mitarbeitern geht es immerhin noch wesentlich besser als jenen, die sich in Hannover beim Haftpflichtverband der Deutschen Industrie verdingen. Wie manches andere Unternehmen schloß die Versicherungsfirma 1980 ihre Betriebsrentenkasse für neu eingestellte Mitarbeiter.

Beim Haftpflichtverband gibt es seit her ein Zweiklassensystem. Von den rund 2000 Angestellten verfügen etwa zwei Drittel über einen Betriebsrentenanspruch. Ein Drittel geht leer aus.



Rentenexperte Meinhold
Flickwerk am System

ihrer Rente als früher. Bei Arbeitslosenziffern von weit über zwei Millionen nutzten die Arbeitnehmer jede Möglichkeit, vorzeitig in Pension zu gehen.

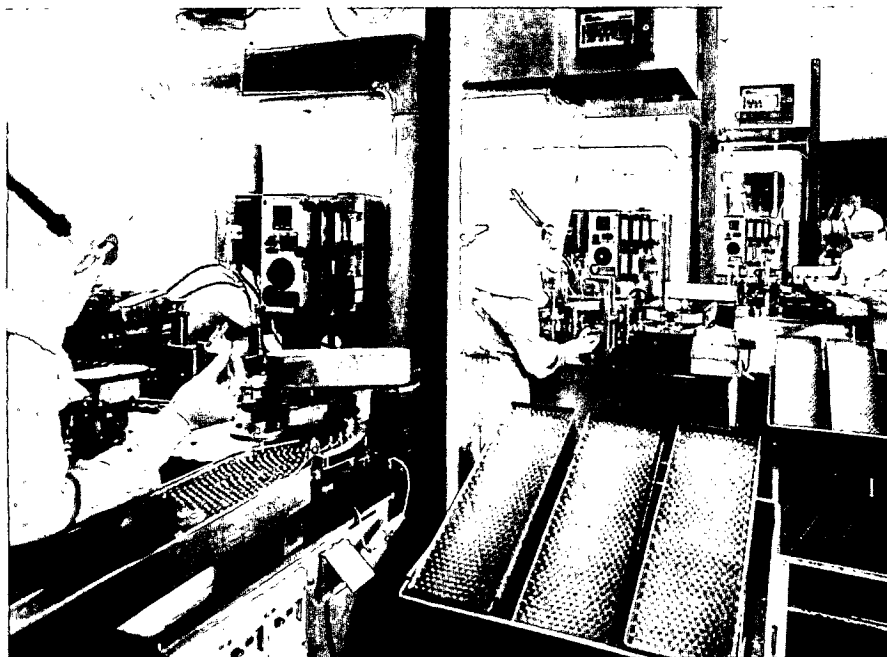
Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung, die Alten leben länger. 1960 zum Beispiel kassierten die Rentner der

CDU und SPD **mit der gleichen Strategie**

Angestelltenversicherung im Schnitt 8,7 Jahre lang Ruhegeld, bevor sie starben. 1983 waren es bereits 11,7 Jahre. Noch drastischer war der Zuwachs bei den Arbeiterinnen: 1960 bezogen sie 10,9 Jahre ihre Rente, 1983 aber 15 Jahre. Das belastet die Soll-Seite der Rentenbilanzen mit Milliarden.

Die beiden Volksparteien CDU und SPD wollen dem Rentendebakel mit im Prinzip gleichen Strategien beikommen. Die bestehen aus drei Elementen: Erstens sollen die Beiträge der Aktiven in den kommenden Jahren steigen, das mindert das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer. Durch Manipulationen an der Rentenformel soll deshalb, zweitens, erreicht werden, daß sich die jährliche Rentenanhebung nicht mehr am Zuwachs des Brutto-Arbeitnehmereinkommens, sondern am Zuwachs des verfügbaren Lohns orientiert; das führt zu geringen Rentenanpassungen. Was dann noch in der Kasse fehlt, soll, drittens, der Staat aus Steuermitteln zuschießen.

Dieser Zuschuß soll jedoch nicht vom Wohlwollen des Finanzministers abhängen. Christ- und Sozialdemokraten wollen die Bonner Hilfe als Bestandteil der Rentenausgaben gesetzlich festschreiben. Zu Recht, denn der Bundeszuschuß ist kein Almosen, sondern Ausgleich für Aufgaben des Staates, die von der Rentenversicherung ohne entsprechende Einnahmen erledigt werden. Dazu zählen die Rentenversicherung der Wehrpflichtigen oder der Rentenbonus, den



Beschäftigte bei Bayer: Die Weltfirma änderte die Betriebsrenten-Garantie

Das sagen die
RUMAT-Testschläfer:

»ICH BIN
BEGEISTERT!«



Marianne Kellner, Wuppertal

Unsere Testschläfer sind sich einig: Mit dem RUMAT-Schlafsystem schläft man gut und gesund. Auch wer im Bett gern frühstückt, liest oder fernsieht, fühlt sich wohl. Fuß- und Kopfteil sind beliebig verstellbar, manuell mit Liftomatik oder Elektromotor. Weitere Vorteile:

- Optimale orthopädische Abstützung von mittelweich bis hart.
- Individueller Liegekomfort durch drei Rahmen und fünf Matratzen, die genau aufeinander abgestimmt sind.
- Hervorragende Qualität und Verarbeitung.
- 12-Jahres-Garantie auf alle Federholzrahmen.

Fragen Sie Ihren hülsta-Fachhändler nach RUMAT. Oder lassen Sie sich gratis von uns Prospekte schicken.

COUPON



50 Schlummerrollen
zu gewinnen!

Neben vielen Informationen zum Thema »Gesundschlafen« können Sie eine von 50 Schlummerrollen gewinnen, wenn Sie uns bis zum 15. 6. 1985 diesen Coupon schicken:
hülsta-werke, Postfach 1212,
4424 Stadtlohn

SP 510

- ☐ Bitte informieren Sie mich kostenlos über das RUMAT-Schlafsystem.
- ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos Prospekte über die hülsta-Schlafzimmer-Programme.
- ☐ Ich nehme an der Verlosung von 50 Schlummerrollen teil.

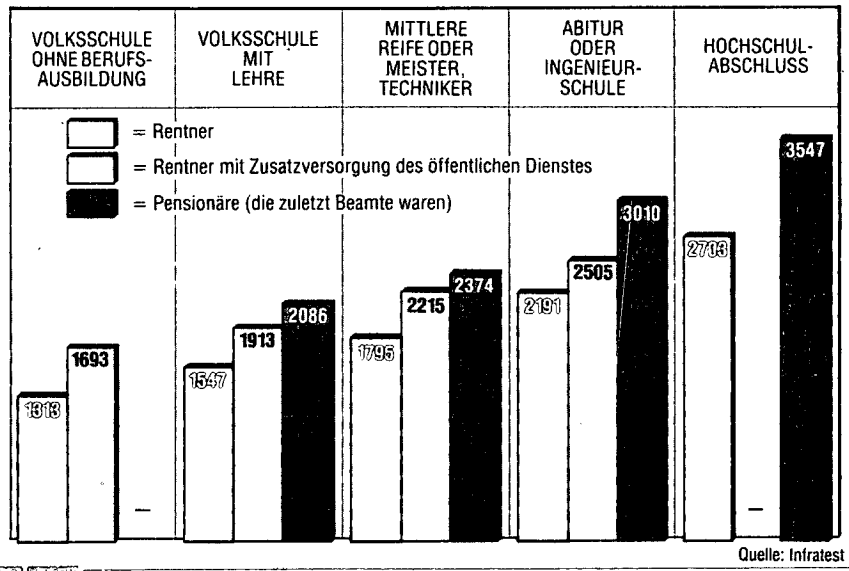
Rumat
SCHLAFSYSTEM

Ein Markenprodukt aus dem Hause hülsta.

RENTEN

GUT VERSORGTE BEAMTE

Vergleich der monatlichen Netto-Einkommen von Rentnern und Pensionären in der Bundesrepublik nach Qualifikation; für 1982 berechnet am Beispiel der Jahrgänge 1915/1916 in Mark



es demnächst für die Kindererziehung gibt.

Die Sozialdemokraten haben ihr Modell für das Jahr 1994 durchgerechnet. Ihre Experten Anke Fuchs und Eugen Glombig unterstellen dabei einen Fehlbedarf von 6,45 Milliarden Mark.

Dieses Loch müßte nach der SPD-Formel durch eine Anhebung des Rentenbeitrags von einem Prozentpunkt, eine Verminderung des an sich fälligen Rentenanstiegs um 0,8 Prozent und eine Erhöhung des Bundeszuschusses um 1,85 Milliarden Mark zugeschüttet werden. Eugen Glombig: „Eine sozial ausgewogene Verteilung der Lasten auf Beitragszahler, Rentner und Bund.“

Als Alternative zu diesem mühsamen Milliardenpuzzle bieten Rigoristen wie Kurt H. Biedenkopf eine elegantere Lösung an. Der westfälische CDU-Vorsitzende schlägt vor, für jeden Bürger eine Grundversorgung aus der Steuerkasse zu bezahlen und die Sicherung des Lebensstandards im Alter einer leistungsbezogenen Pflichtversicherung sowie der privaten Initiative des einzelnen zu überlassen.

Doch dieses Konzept hat ein entscheidendes Handicap: Für eine lange Übergangszeit müßten die jetzt Beschäftigten sowohl eine private Vorsorge für ihren eigenen Lebensabend aufbauen als auch mit ihrem Lohn für das Altersgeld der jetzigen Rentner eintreten. Beides zusammen aber überfordert die Leistungskraft der Beschäftigten. Der Übergang zum neuen Alterssicherungssystem ist, bei allem Charme des Biedenkopf-Modells, nicht zu schaffen.

Es bleibt also nur der von SPD wie CDU/CSU anvisierte Weg. Und auch der erscheint riskant genug. Denn je näher das Jahr 2000 rückt, um so höher

müssen die Beiträge der Aktiven steigen. Dabei könnte es soweit kommen, daß allein infolge wachsender Kranken- und Rentenbeiträge die Nettoeinkommen der Bundesbürger nicht mehr steigen, sondern sinken.

Die Sozialdemokraten und auch manche Christdemokraten sehen sich deshalb nach anderen Geldquellen um. Die Abgaben für die Altenkassen, so die Überlegung, könnten nicht auf ewig an den einzelnen Arbeitnehmer gekoppelt werden. Denn dadurch würden Betriebe prämiert, die mit harten Rationalisierungsschnitten Arbeitsplätze abbauten; und es würden Unternehmen gestraft, die besonders viele Jobs anboten.

Der SPD-Wirtschaftssprecher Wolfgang Roth verlangt daher eine „Wertschöpfungsabgabe“ zur Finanzierung der Renten. Seine Begründung: Ein Mineralölkonzern mit über zehn Milliarden Mark Umsatz zahle wegen der geringen

Blüm liebäugelt mit der Mehrwertsteuer

Zahl der Beschäftigten nur 13 Millionen Mark in die Rentenkassen ein. Das seien 0,13 Prozent des Umsatzes.

Eine personalintensive Kfz-Werkstatt mit vier Millionen Mark Umsatz überweise hingegen mehr als 200 000 Mark für die Renten, also fünf Prozent des Umsatzes. Roth: „Die Betriebe, die mit Maschinen arbeiten, werden belohnt.“

Eine Wertschöpfungsabgabe, die der Sozialdemokrat vorschlägt, ist allenfalls als Zuschlag auf die Mehrwertsteuer denkbar. Arbeitsminister Blüm hat die Idee bereits flink als „Maschinensteuer“ abgetan: Der technische Fortschritt wer-

de mit Strafgebühren belegt und damit verhindert, zusätzliche Arbeitsplätze seien in Gefahr.

Aber so weit, wie es scheint, sind Regierung und Opposition gar nicht auseinander. Auch Blüm liebäugelt bereits mit der Mehrwertsteuer: Was der Bund da zusätzlich einnahme, könnte er an die Rentenkassen weitergeben.

Die Kosten für diese Lösung des Rentenproblems übernehmen – wie könnte es anders sein – die Bezieher kleinerer Einkommen. Die nämlich würden von einer höheren Mehrwertsteuer und damit höheren Preisen am härtesten getroffen.

Auch den Rentnern, so behauptet Arbeitsminister Blüm unermüdlich, sei durchaus zuzumuten, daß sie ihren Teil zur Bewältigung der Rentenkrise bei-

Noch schlimmer sieht es bei den Rentnerinnen aus. Jede zweite Witwe (1,9 Millionen) bekam 1982 weniger als 750 Mark. Mehr als 600 000 alte Frauen, jede sechste, mußten von einem gesamten Nettoeinkommen unter 800 Mark im Monat leben.

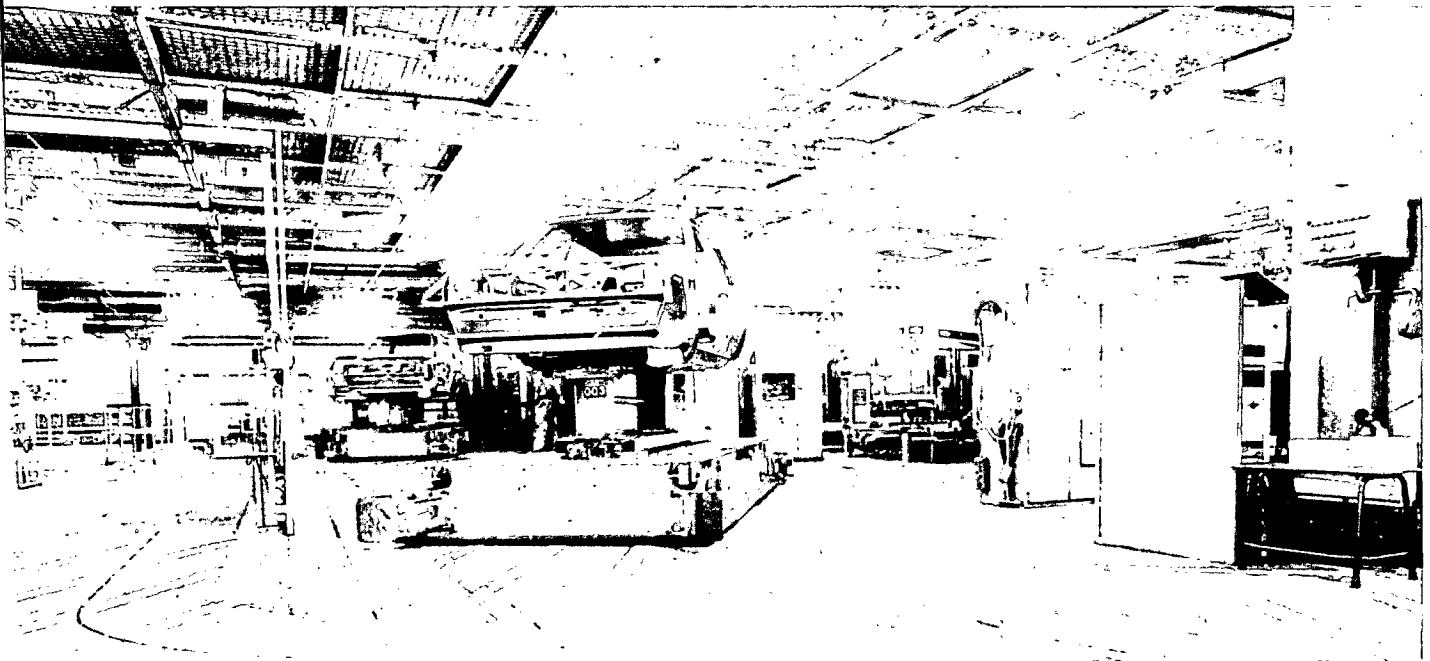
Blüms Durchschnittsrentner mag Beiträge für die Krankenkasse, aufgeschobene Rentenzahlungen und künftig drohende höhere Belastungen noch verkraften können. Doch alles, was unter dem Durchschnitt liegt, und das ist weit mehr als die Hälfte, gerät ins Rutschen – in Richtung Sozialhilfe.

Seit Jahren warnen deshalb Experten, wie etwa der Vorsitzende des Sozialbeirats der Bundesregierung, der Frankfurter Professor Helmut Meinhold, vor Flickwerk am System. Die Finanzkrise

ausgeklammert werden. Die Renten werden niemals mehr sicher sein, wenn der öffentliche Dienst weiterhin so tun darf, als ginge ihn das Dilemma gar nichts an.

Diese Erkenntnis beginnt sich langsam auch bei Bonner Politikern durchzusetzen. Bislang allerdings ist davon nur in internen Papieren die Rede, in Gesprächen unter Sozialexperten, wenn abstrakt diskutiert wird, was zu tun sei, wenn der Blüm so könnte, wie er wollte.

Auch die Beamten müßten zumindest „entsprechend der wachsenden Belastung von Rentnern und Aktiven an dem demographischen Risiko beteiligt werden“, wagte der SPD-Sozialexperte Eugen Glombig zu fordern. Lehrer und Beamte in seiner Fraktion waren entrüstet.



Industrieroboter: Maschinensteuer zur Finanzierung der Renten?

steuern. Es gehe ihnen doch wahrhaftig nicht schlecht.

In der Tat wurden im Laufe der vergangenen Jahre vor allem die Arbeitnehmer durch Steuerprogression und steigende Soziallasten stark belastet, während die Rentner glimpflich davorkommen. Wer 40 Jahre lang ordentlich verdient hat, bekommt heute als Rentner 65,3 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens eines Arbeitnehmers.

Doch ein Durchschnitt gibt nie die ganze Wahrheit wieder. Er sagt gar nichts darüber aus, wie viele Alte heute oder in Zukunft am Rande der Armut leben, obwohl sie ein Leben lang geschuftet haben.

Unter vier Millionen Männern mußten sich 1982 rund 1,2 Millionen mit einem Altgeld von unter 1000 Mark im Monat begnügen. Etwa 250 000 Rentner leben in Haushalten, die insgesamt keine tausend Mark im Monat ausgeben können.

der gesetzlichen Rentenversicherung ist ohne Reform der gesamten Altersversorgung – einschließlich Beamtenpensionen – nicht zu bewältigen.

Schon heute ist absehbar, was auf die Bundesbürger zukommt, wenn immer wieder nur an der kranken gesetzlichen Rentenversicherung herumgedoktert wird. Die Arbeitnehmer werden, zwangsläufig und ohne Ende, immer höhere Beiträge zahlen, der Zuwachs der Renten wird gegen Null gehen.

Auf der anderen Seite dagegen werden die Beamten weiterhin ihre Gehaltszulagen ungeschmälert genießen können. Gehen sie in Pension, können sie ebenfalls mit guten Zuschlägen rechnen – ihre Einkünfte werden ja dann entsprechend den steigenden Beamtengehältern laufend erhöht.

So ist vielen Fachleuten seit langem klar: Eine Sanierung der Rentenversicherung ist auf Dauer unmöglich, wenn die Beamtenpensionen immer wieder

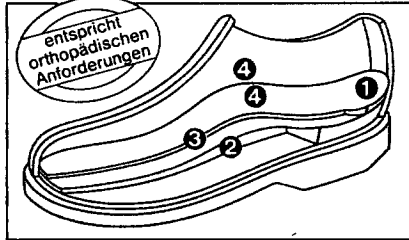
Alle Alterssicherungssysteme würden von der Verschlechterung des Altersaufbaus der Bevölkerung gleichermaßen getroffen, schrieben Beamte des Arbeitsministeriums ihrem Chef in ein vertrauliches Papier. Deshalb müßten – so hieß es ganz vorsichtig – Änderungen des Rentenniveaus „auf andere staatlich finanzierte Systeme übertragen werden“.

Doch solche Papiere sind für die Schublade. Als Blüm jüngst im SPIEGEL seine Rentenpläne vortrug, fehlte das Stichwort Beamte.

Für die Mitglieder der CDU-Kommission „Soziale Sicherung“, die seit einiger Zeit über die Zukunft der Sozialversicherungen nachdenken, stellte sich ebenfalls die Frage, „ob es zulässig sein soll, daß mit Geldern der Allgemeinheit Versorgungsniveaus erreicht werden können, die unplausibel hoch liegen“. Die „soziale Gerechtigkeit“ erfordere Konsequenzen für alle Alterssicherungssysteme. Soziale Gerechtigkeit? Selbst wenn

Füße die sich wohlfühlen sollen, brauchen die Fußfreiheit eines guten Schuhs.

GALLUS Liberty Schuhe – Freiheit für Ihre Füße



① Liberty-Kugelferse

Gleichmaßen haltgebend und abfedernd.

② Liberty-Vollfußbett

Abstützend und Überkorrektur vorbeugend.

③ Leder-Decksohle

Durchgehend. Schweißabsorbierend.

④ Sanitized® ausgerüstet

Antibakteriell und pilzhemmend.

Wo es GALLUS Liberty-Schuhe zu kaufen gibt, sagen wir Ihnen gerne.



GALLUS®

Liberty® Herrenschuhe
Freiheit für gestreßte Füße

Bezugsstellen durch:
GALLUS Deutschland
1050 Berlin 11/Döbken
GALLUS Österreich
9400 Wolfersberg/Kärnten
GALLUS Schweiz 5432 Neuenhof

die Union sich darauf besänne – beim Koalitionspartner FDP, der die Beamten zu seiner unworbenen Wählerschaft zählt, käme sie mit solch radikalen Vokabeln nicht durch.

„Die Beamten“, resigniert Sozialdemokrat Glombig, „haben eben immer noch die beste Lobby.“

Wie groß der öffentliche Dienst gegenüber den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft im Vorteil ist, hatte schon 1983 die von der Bundesregierung eingesetzte „Sachverständigenkommission zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme“ belegt. Dabei hatten die Sachverständigen erst einen Teil der Informationen zur Verfügung, die inzwischen vorliegen.

Das Sozialforschungsinstitut Infratest hat wesentliche Daten über die tatsächlichen Unterschiede zwischen Arbeitnehmerlohn und Beamtengehalt, zwischen Rente und Pension nachgeliefert. Diese Daten sind den Bonnern so peinlich, daß Innenminister Friedrich Zimmermann den Kollegen Blüm daran hindert, sie in der Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Wo die Renten aufhören, fangen die Pensionen erst an

„Das ist alles noch viel schlimmer, als wir gedacht haben“, meint ein Kenner der Infratest-Studie.

So behaupten die Beamtenverbände gern, die üppige Altersversorgung werde von ihren Mitgliedern zwar nicht mit Beiträgen, aber doch mit Lohnverzicht bezahlt. Infratest hat dieses Argument endgültig widerlegt.

Beamte bekommen netto genausoviel wie ihre Kollegen in der Privatwirtschaft oder mehr. In den oberen Qualifikationsstufen steht sich der Staatsdiener netto deutlich besser, der Angestellte in der Privat-Wirtschaft kommt nur auf 87 Prozent des Beamtengehalts. Von Verzicht kann da selbst Beamtenbund-Chef Alfred Krause nicht mehr sprechen.

Dafür bekommen die Beamten sowie die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, deren Rente durch eine staatlich finanzierte Zusatzversorgung auf Beamtenniveau gehoben wird, eine Altersversorgung, von der ein Sozialrentner nur träumen kann.

Schon nach fünf Jahren Dienstzeit hat der Beamte Anspruch auf eine Mindestversorgung, die derzeit bei rund 1600 Mark im Monat liegt, ein Betrag, für den ein Normalrentner jahrzehntelang Beiträge leisten muß. Nach 35 Dienstjahren erreicht der Beamte die Spitzenpension – 75 Prozent des letzten, meistens höchsten Bruttogehalts seines Lebens.

Die Experten der Harmonisierungskommission rechneten einmal durch, welche Altersversorgung einem Rentner des Jahres 1981 zustünde, wenn er nicht sein Leben lang Beiträge gezahlt hätte,

sondern Beamter gewesen wäre. Statt 1407 Mark bekäme er 2095 Mark, 49 Prozent mehr als in der Arbeitserversicherung. Bei einer Rentnerin der Angestelltenversicherung, die 1270 Mark zum Leben hat, betrüge der Zuschlag sogar 68 Prozent, sie bekäme 2133 Mark.

Wo die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung aufhören, da fangen die Pensionen erst an. Fast 90 Prozent der Renten liegen im Bereich zwischen 500 und 2000 Mark im Monat, fast 80 Prozent der Beamtenpensionen dagegen sind jenseits dieser Grenze zu finden, bei über 2000 Mark – nach oben offen.

So muß ein heute 70jähriger Rentner erkennen, daß er in seinem Leben vor allem eines falsch gemacht hat: Er hätte Beamter werden sollen. Dann hätte er



Rentenexpertin Anke Fuchs
Modell für 1994

heute – so ergab eine Befragung unter Männern des Jahrgangs 1915/16 – fast doppelt soviel zum Leben, statt 1462 Mark 2754 Mark im Monat.

Ausbildung und Qualifikation ändern an dieser Erkenntnis nichts: Die Altersversorgung des öffentlichen Dienstes ist nicht zu schlagen (siehe Graphik S. 24).

Einige Spezialisten tun sich besonders hervor. Von den Lehrern etwa, die 1982 in Pension gingen, bekommen drei von vier mehr als 3500 Mark Pension im Monat. Eine Rente in dieser Höhe gibt es nur selten.

Wer früh, schon nach 35 Dienstjahren, seine Spitzenversorgung erndet, der hat keinen Verlust, wenn er seinen Arbeitsplatz früh aufgibt. Da liegt der Plan des Verteidigungsministers Manfred Wörner, 1500 Offiziere der Bundeswehr schon mit 45 Jahren in den Ruhestand zu schicken – bei voller Versorgung fürs Alter –, durchaus im System.

Das trägt der Staat. In der gesetzlichen Rentenversicherung dagegen müssen die Arbeitnehmer damit rechnen, daß der Beitrag für die Rentenkasse stetig steigt

– womöglich bis auf 35 Prozent des Bruttolohns.

Völlig unmöglich, da sind sich die Sozialpolitiker aus allen Parteien einig. Doch offenbar ist noch nicht zu ihnen vorgedrungen, daß Deutschlands öffentlicher Dienst schon weit ins nächste Jahrtausend vorgestoßen ist.

Rund 36 Milliarden Mark gibt die öffentliche Hand heute für die Beamten- und Soldatenversorgung aus. Gemessen am Gehalt der aktiven Beamten bedeutet das einen Aufwand von über 40 Prozent.

Es kommt noch dicker. Der Einstellungsschub im öffentlichen Dienst in den 70er Jahren wird schon bald den Altersaufbau weiter verschlechtern. Die Zeit ist nicht mehr fern, da ein versteckter Beitrag für Pensionen und Zusatzversorgung von 50 Prozent der Beamtengehälter fällig ist, bezahlt aus den Steuern aller Bundesbürger.

Wer soll die Renten der Zukunft finanzieren? Auch die Beamten, so meinen beamtete Sachverständige beim Arbeitsminister. Denn eines zumindest ist den Versorgungssystemen gemeinsam: Alle Leistungen werden durch Umverteilung aus dem laufend erwirtschafteten bezahlt. Und von der Veränderung des Altersaufbaus sowie den daraus folgenden Kosten werden ebenfalls alle gemeinsam getroffen.

Deshalb sollten, so fordert die Harmonisierungskommission, auch Beamte in Höhe der Rentenversicherungsbeiträge

für ihre Altersversicherung zahlen, das wären derzeit 9,35 Prozent des Gehalts. Die Beamten selbst geben möglicherweise den Politikern das Instrument in die Hand, mit dem Bonn das bisherige System verändern kann.

Seit langem war den Beamten ein Dorn im Auge, daß ihre Pensionen höher besteuert werden als die Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Schon 1966 führte deshalb der Gesetzgeber einen Freibetrag speziell für Pensionäre ein, 4800 Mark im Jahr. Doch das genügte nicht. Das Verfas-

sungsgericht gab 1980 den Beamten recht: Die Besteuerungspraxis bei den Renten, die Alterseinkünfte bis über 40 000 Mark steuerfrei läßt, sei nicht Rechtens.

Bisher hat sich Bonn um die Erfüllung des Gerichtsauftrags, die Besteuerung der Alterseinkommen neu zu regeln, herumgedrückt. Aus gutem Grund.

Angeichts der Finanznöte ist klar, daß die Beamten nicht, wie sie vielleicht einst gehofft hatten, auf den vorteilhaften Stand der Rentner gehoben werden können. Also bliebe nur, die ohnehin weit abgeschlagenen Rentner nun auch noch wie die Pensionäre zu besteuern.

Damit aber die Unterschiede zwischen Renten und Pensionen dadurch „nicht noch verschärft werden“, so heißt es in einem Blüm-Papier, „müssen Harmonisierung und Neuordnung der Besteuerung als Einheit gesehen werden“. Das heißt: Auch die Beamten müßten künftig Beiträge zur Alterssicherung zahlen.

Blicke der öffentliche Dienst ungeschoren, dann explodieren dort die Kosten – zu Lasten der Masse der Steuerzahler, die ohnehin immer mehr in die Kasse ihrer maroden Rentenversicherung zahlen muß. Wie dann allerdings die Regierung einen Wahlkampf führen will, der mehr als Wolkenschieberei ist, wie sie dann den Bürgern klarmachen will, daß die Renten sicher sind – das weiß auch Heiner Geißler nicht. Selbst ihm könnten dann schnell die Argumente ausgehen.

Unter Freunden, und wenn er mal ehrlich ist, rückt Kohls Wahlkämpfer den großen Wurf, mit dem die CDU die Rentner nächstes Jahr verblüffen will, ins rechte Licht. „Was heißt schon große Strukturreform“, meint Geißler. „So doll wird die auch nicht.“



Rentnerinnen: Lebensstandard der Initiative des einzelnen überlassen?



Rentenexperte Biedenkopf: Mindestrente aus der Staatskasse